

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

02.07.2025 Drucksache 19/7342

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Alexander Flierl, Volker Bauer, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Leo Dietz, Thomas Holz, Dr. Petra Loibl CSU

Drs. 19/7287

Schutz des Sinneserbes – Bekräftigung der Initiative zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

Der Landtag bekräftigt seinen Willen, die Lebens- und Bewirtschaftungsgrundlage landwirtschaftlicher Betriebe bei näher heranrückender Wohnbebauung zu schützen und zu sichern. Der Erhalt des kulturellen und sinnlichen Erbes, insbesondere von ortsbildprägenden und traditionsreichen Geräusch- und Geruchsimpressionen (z. B. von Kirchenglocken, landwirtschaftlichen Betrieben, Brauereien, Gastronomie oder traditionellem Handwerk), ist hierbei als schützenswertes Kulturgut anzusehen.

Der Landtag begrüßt die Initiative der Staatsregierung in Bezug auf die Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes im Bundesrat (BR-Drs. 345/22) und bedauert, dass dieser Gesetzesentwurf bisher keine Zustimmung gefunden hat.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, an dem Ziel der gesetzlichen Verankerung eines Schutzes des Sinneserbes im Bundes-Immissionsschutzgesetz festzuhalten und die Initiative in geeigneter Weise erneut in den Bundesrat einzubringen.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, ein überparteiliches und föderales Gesprächsformat mit den im Bundesrat ablehnenden Ländern zu initiieren, um deren Bedenken im konstruktiven Dialog aufzuarbeiten und mögliche gemeinsame Lösungsvorschläge zur Wahrung des kulturellen Sinneserbes zu erarbeiten.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident